

Ich wollte ein klares Statement darüber abgeben, wer ich bin, wo ich herkomme, was mich ausmacht. Und da gehören bei meiner Geschichte und Herkunft all diese Dinge natürlich zwangsläufig dazu. Erfahrungen mit Rassismus und Polizeigewalt sind ein Teil von mir. Allerdings, und das ist mir wichtig, stecken natürlich auch die Liebe, die Freundschaft, meine Familie, all die positiven Dinge, die ich erfahren habe, in dieser Musik.

Die Zeit der großen Protestbewegungen ist vorbei. Haben Sie trotzdem den Eindruck, dass sich in den USA vor dem Hintergrund der Geschehnisse von Ferguson und anderswo eine ähnlich potente Bewegung bilden könnte wie in den Sechzigern?

Davon bin ich sogar überzeugt. Nach meiner Beobachtung wachen eine Menge Leute gerade auf. Es braucht ein bisschen Zeit, über Generationen haben die Leute geschlafen und sich einlullen lassen. Aber ich glaube, allein die Tatsache, dass die Informationen sich über das Internet so frei bewegen können, setzt Energie frei.

Aktuell sind zumindest keine Anzeichen für einen strukturierten Protest erkennbar, oder?

Es dauert natürlich, bis die Leute sich organisieren, bis sie Leitfiguren in dieser Frage gefunden haben. Musik empfinde ich übrigens als einen sehr wichtigen Baustein auf dem Weg dahin. Wenn Sie meine Musik hören, können Sie nicht anders als die Botschaft zu empfangen, das lässt sich gar nicht vermeiden. Da findet ein emotionaler Austausch statt. Als Bebop aufkam, hat das die Beziehungen der Menschen untereinander dergestalt verändert, dass sie automatisch gegen die repressiven gesellschaftlichen Rahmenbedingungen aufbegehrt haben. Musik hat die Kraft, jahrelange mentale Verwüstung zu kurieren und die Leute aufzuwecken.

To Pimp A Butterfly und The Epic könnten diese Funktion für Ihre Generation übernehmen.

All die Vorteile an der engen Vernetzung der Welt spiegeln sich auf diesen beiden Alben: Sie beschränken sich nicht auf ein Genre, sind nicht nur Jazz oder nur HipHop. Dass nun ausgerechnet diese Alben so populär sind und sich gut verkaufen, bestätigt meine These, dass es einfach nicht stimmt, dass die Leute eher seichte Musik hören wollen und mit komplexeren Themen nichts anfangen können, wie ständig behauptet wird. All die Alben, die Sie vorhin genannt haben ... *Songs In The Key Of Life* und Marvin Gayes Sachen hatten ebenfalls diese universelle Ansprache, ohne besonders komplex zu sein. Sie waren offen – und haben so die Herzen und Köpfe der Menschen geöffnet. Wenn der Kopf sich öffnet, beginnt man zu denken. Und das ist nie verkehrt. ●

Text:
Daniel Gerhardt

TA-NEHISI COATES

Keine Hoffnung, keine Träume: Mit dem aufwühlenden Erlebnisbericht *Between The World And Me* schreibt Ta-Nehisi Coates das Märchen von Amerikas *post-racial society* ins Grab.

IM LAND DER SCHLAFWANDLER

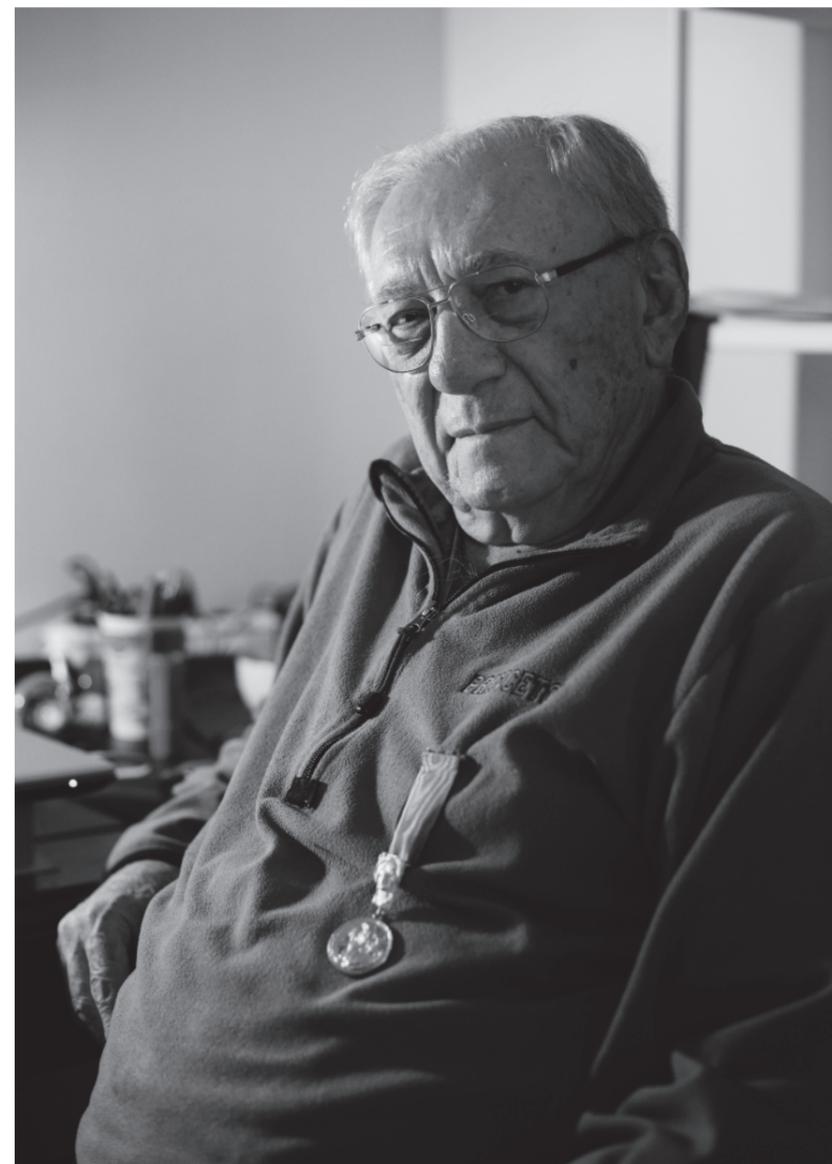
An manchen Dingen, die Ta-Nehisi Coates in *Between The World And Me* schreibt, hat selbst das progressive Amerika schwer zu schlucken. Als die *first responders* am 11. September 2001 in die brennenden Türme des World Trade Center eindrangen, dachte Coates nicht daran, wie viele von ihnen da gerade in den Tod rannten. Er dachte an den Tod eines schwarzen Studienfreundes, der im Vorjahr aufgrund einer Verwechslung von einem Polizisten erschossen worden war. Noch 14 Jahre nach 9/11 schrieb Coates deshalb, er habe diese Hilfskräfte nicht als Menschen wahrgenommen. »Ob schwarz, weiß oder was auch immer: Für mich waren sie Naturgewalten; das Feuer, der Komet und der Sturm, die meinen Körper ohne Begründung zerschmettern konnten.«

Coates' Worte wiegen umso schwerer, wenn man bedenkt, dass er *Between The World And Me* (Text Publishing) – angelehnt an das literarische Vorbild James Baldwin – in Form eines Briefes an seinen 15-jährigen Sohn verfasst hat. Das dünne Buch, das Mitte November mit dem National Book Award der USA ausgezeichnet wurde, ist eine Mischung aus Autobiografie, Kampfschrift und Warnung vor dem Amerikanischen Traum. Es erzählt in trauervoller, bisweilen hochtrabender Sprache aus einem Leben, das seinen Autor hart gemacht hat. In einem Land der Schlafwandler, so Coates an seinen Sohn, ist der schwarze Körper nie weiter als einen Fehltritt von der Auslöschung entfernt. Es gilt, vorsichtig und misstrauisch zu sein – oder die Konsequenzen zu tragen. Es gilt aber auch zu bedenken, dass Vorsicht und Misstrauen keine Lebensversicherung sind.

Die Fortschritte, die Coates den USA seit ihrer Bürgerkriegszeit zugesteht, lassen sich durch den Unterschied zwischen Käfig- und Bodenhaltung beschreiben. Von echter Freiheit für Afroamerikaner kann jedenfalls keine Rede sein, denn diese Freiheit würde das Unten beseitigen, ohne das es kein Oben geben kann – sie würde dem Amerikanischen Traum den Teppich unter den Füßen wegziehen. Es passt zu dieser trostlosen Analyse, dass sich Coates mit der bittersten seiner Erkenntnisse doch wieder an die Afroamerikaner wendet. Für die sieht er keine Hoffnung, sondern nur den *struggle*, ein Dasein in Gegenwehr, das einzig dem Überleben dient. Aufwecken können sich die Schlafwandler nur selbst. Sagen Sie das mal einem 15-Jährigen. ●

SADIK AL-AZM

»Das blonde Biest ist erschöpft«



Text:
Laura Pannasch
Fotos:
Christoph Mack

Als wir Sadik al-Azm zum letzten SPEX-Gespräch baten, geschah dies im Nachhall des sogenannten Arabischen Frühlings. Zwar deutete sich das Chaos, in dem die Heimat des syrischen Philosophen versinken sollte, bereits damals an, das Gespräch war aber noch von Hoffnung geprägt. Ganz anders die Voraussetzungen nun: al-Azm beschreibt, warum einige Syrer aufgrund der Anschläge von Paris »Schadenfreude« empfinden könnten. Seine Einblicke in das syrische Drama offenbaren den Zynismus von Großmachtpolitik und Krieg.

Sadik al-Azm, vor dreieinhalb Jahren sagten Sie im SPEX-Gespräch, dass ein Bürgerkrieg das Worst-Case-Scenario für Syrien wäre. Mittlerweile sind mehr als 250.000 Syrer in diesem Krieg gestorben.

Ich glaube nicht, dass wir in Syrien bereits einen Bürgerkrieg haben. Es könnte einer werden, aber es ist noch keiner.

Wie das?

Betrachten wir zum Vergleich zwei Nachbarländer Syriens, Libanon und Irak. Im Libanon mobilisierten sich verschiedene Gemeinschaften wie Ethnien oder religiöse Sekten und kämpften gegeneinander. Maroniten gegen Drusen, Schiiten gegen Palästinenser. Keine Regierung, keine Armee war involviert. Das kann man als Bürgerkrieg bezeichnen. Im Irak löste die US-amerikanische Besatzung die irakische Regierung und Armee auf. Sie ließ die einzelnen Komponenten der Bevölkerung – die Sunniten, Schiiten und Kurden – zurück. In Syrien ist das noch nicht der Fall. Der Hauptakteur ist immer noch das Regime.

Derartige Feinheiten in der Begrifflichkeit einmal außen vor: Ist das, was wir in Syrien im Moment erleben, trotzdem das Worst-Case-Scenario, von dem Sie vor dreieinhalb Jahren sprachen?

Ja, natürlich, das ist es.

Allerdings hatten Sie damals noch Hoffnung in die Stärke der syrischen Zivilbevölkerung.

Und die habe ich immer noch. Die Unterdrückung des Aufstands des syrischen Volks durchwanderte mehrere Phasen: Die erste Phase war während des Arabischen Frühlings. Diese Phase war friedlich, wurde aber schnell zu dem, was die Amerikaner als *shock-and-awe* bezeichnen, also eine massive Verunsicherung des Gegners mit militärischen Mitteln. Von Anfang an versuchte die Regierung, das Volk einzuschüchtern. Dies kulminierte in dem Massaker von Homs. Die Schockmethode funktionierte aber nicht.

Der Aufstand intensivierte sich. Das Regime ging in die zweite Phase, die man mit der Strategie des ehemaligen chilenischen Diktators Pinochet vergleichen kann. In dieser Phase wurden Schulen, Krankenhäuser, Fußballplätze und Stadien in Gefängnisse verwandelt. Die Menschen wurden grundlos eingesperrt und gefoltert. Trotzdem hörte der Aufstand nicht auf, und das Regime ging in die dritte Phase, die man als »Samson-Phase« bezeichnen könnte.

Nach Samson aus dem Alten Testament?

Genau. Nach dessen Vorbild brachten sie den Tempel über den Köpfen ihrer Leute und sich selbst zum Einstürzen. Das war der Moment, als die syrische Regierung komplette Dörfer zerstörte. Sie zündete Wälder und Felder an und bombardierte Krankenhäuser, Bäckereien, Universitäten und so weiter. Der Höhepunkt dessen waren die Giftgasattacken des Regimes. Aber immer noch konnten sie die Aufständischen nicht stoppen. Also brachten sie die Hisbollah aus dem Libanon und die schiitischen Milizen aus dem Irak, und das militärische Establishment sandte Truppen. Trotzdem konnten sie den Aufstand nicht unterdrücken. Schließlich startete Russland seinen Luftangriff. Letztendlich ist dies eine Ehre, da es zeigt, wie unaufhaltbar und tief verwurzelt der Aufstand ist.

Was halten Sie von der russischen Militäroffensive?

Sie macht bisher keinen Unterschied. Ich denke, dass die Russen kein primäres Interesse an Syrien haben – anders als die USA und der Westen. Es wäre schwierig, das Entrepot am Mittelmeer als grundlegendes Interesse der Russen zu bezeichnen. Vielmehr wollen sie sich anhand von Syrien als Supermacht behaupten. Es ist eine gute Möglichkeit und Entschuldigung, neue Waffen zu testen. Sie zeigen dem Westen, dass sie aus 500 Meilen Entfernung treffsicher auf Syrien schießen können. Und sie werden nun zu allen Verhandlungen eingeladen, da Syrien immer auf der Tagesordnung steht.

Bezüglich der religiösen Situation in Syrien sagten Sie vor dreieinhalb Jahren einen kommerziell ausgerichteten Islam der Mittelklasse voraus,

als was man den sogenannten Islamischen Staat nicht bezeichnen könnte.

Nein (*lacht*), gewiss nicht. Aber der »good for business Islam« ist immer noch in manchen Bereichen in Syrien vorhanden, etwa bei der Mittelschicht in Damaskus. Und ich glaube, er wird wieder erstarken, sobald der Krieg endet und der Wiederaufbau

beginnt. Diese Art des Islam ist nicht ideologisch, aber gut für Geschäftsbeziehungen. Viele bereichern sich am Krieg. Es ist ein Geschäft – und Geschäftsmänner betrachten sich als gute Muslime.

Auch der sogenannte IS betreibt ein weltweit gut vernetztes Geschäft mit dem Terror.

Nun, der IS ist ein Ableger, eine Nebenwirkung, oder – wie es die Amerikaner sagen: ein Kollateralschaden. Der IS resultiert aus Obamas Realpolitik: »Lasst Syrien bluten!« In der US-amerikanischen Sichtweise gibt es in Syrien nur antiwestliche Kräfte, die sich alle gegenseitig bekämpfen. Also warum eingreifen? Das Gleiche wie in Israel: Lasst sie



sich gegenseitig töten und in Stücke reißen.

Glauben Sie, die jetzige Situation wurde von den USA angestrebt?

Es wurde natürlich niemals öffentlich ausgesprochen, aber die US-amerikanische Realpolitik erschuf den Platz, die Zeit und den Hass für etwas wie den IS.

Was erhoffen Sie sich von den Ergebnissen der Syrienkonferenz, die am 14. November in Wien stattfand?

Das Modell dafür ist das Abkommen von Dayton, bei dem der damalige US-Präsident Clinton die Bosnier und Milošević sozusagen einsperrte und so lange gewartet wurde, bis weißer Rauch aufstieg. Aber Milošević wurde mit Gewalt dazu gebracht. Hoffentlich machen die Russen nun dasselbe mit Assad.

Noch steht Russland aber doch auf der Seite des syrischen Präsidenten.

Nun, ja, sie sind auf der Seite Assads, aber sie könnten genauso gut einen Deal mit den Amerikanern machen. Großmächte können schnell Charaktere wie Assad oder Milošević ausliefern. Assads Rhetorik bisher ist, dass es keine politische Lösung gibt, solange der Terrorismus nicht besiegt ist. Mit Terrorismus meint er die Aufständischen. Auf der anderen Seite sind die Saudis sehr standhaft und sagen, dass eine Lösung mit Assad nicht zu akzeptieren ist. Außerdem werden die syrischen Oppositionellen nicht an Verhandlungen teilnehmen, solange sie nicht mitentscheiden können, wer sie am Verhandlungstisch vertritt.

So zynisch es klingen mag: Erwächst aus Anschlägen wie dem Terror von Paris nicht auch eine Chance für Syrien?

Die Anschläge erschaffen eine zweideutige Situation: Assad sagt, dass der Terrorismus Frankreich und Europa erreicht und deswegen nun alle zu ihm halten sollen, um die Aufständischen niederzuschlagen. Auf der anderen Seite gibt es das Argument, dass Assad der Magnet ist, der all die ausländischen Kämpfer nach Syrien bringt. Demnach wäre es die einzige Lösung, ihn loszuwerden. In Wien wurde entschieden, Assad vorerst in seiner Position zu belassen. Aber der Teufel findet sich im Detail. Das ist gewissermaßen das, was die

Amerikaner als »constructive ambiguity« bezeichnen. Es gibt eine konstruierte Zweideutigkeit. Das Kräfteverhältnis zwischen Kämpfern und Gesetz wird die Richtung vorgeben. Nach meiner Intuition kann die Assad-Dynastie Syrien nie wieder regieren. Assad hat den Iranern und den Russen nichts anzubieten.

Um noch mal auf die Anschläge von Paris zurückzukommen: Es wurden Pässe verschiedener arabischer Nationalitäten gefunden, die wahrscheinlich von den Tätern stammen. Wie werden sich die Vorfälle nun auf die Flüchtlingspolitik und den ohnehin schon vorherrschenden Fremdenhass in Europa auswirken?

Die Anschläge füttern die extreme Rechte mit weiterer Munition.

Glauben Sie an einen Zusammenhang zwischen den Anschlägen von Paris und der aktuellen Flüchtlingspolitik in Europa?

Ich glaube, man sollte in der Bewertung der Gesamtlage nicht zu viel auf die Anschläge von Paris und die dort gefundenen syrischen Pässe setzen. Es gab solche Anschläge bereits vorher: *Charlie Hebdo*, Madrid, Mumbai,

9/11 ... Diese Leute müssen nicht warten, um sich über Flüchtlingsgruppen nach Europa zu schleichen.

Sie und Ihre Frau sind seit 2012 selbst anerkannte Flüchtlinge in Deutschland. Fühlen Sie sich als Syrer in Deutschland bedroht?

Nein. Ich bin sehr dankbar, hier zu sein und fühle mich sehr willkommen. Wir sind schon lange hier. Die letzten Familienmitglieder meiner Frau kamen mit den ersten 10.000 syrischen Flüchtlingen, die Deutschland aufnahm. Wenn es irgendeine Gefahr für uns gibt, dann ginge sie von den Schergen des syrischen Regimes aus. Aber ich möchte noch etwas zu den Anschlägen von Paris anfügen: Ein Problem, das viele Syrer dazu veranlasst, »Schadenfreude« gegenüber den Europäern zu empfinden, ist: Wenn über »Terrorismus« diskutiert wird, dann beziehen sich insbesondere die Russen, Iran und Assad auf die Aufständischen. Aber die Hisbollah wird nicht erwähnt, obwohl sie auf der Schwarzen Liste der Terrororganisationen stehen. Als sie nach Syrien kamen, sagte niemand etwas. Alle haben weggesehen. Die Definition von Terrorismus wird von Politikern

nach Gutdünken ausgeweitet. Der Begriff ist ein politisches Instrument.

Sie haben lange in Beirut gelebt und gearbeitet. Einen Tag vor den Anschlägen in Paris wurden dort über 40 Menschen bei zwei Bombenexplosionen getötet. Die Anteilnahme war in der westlichen Welt bei Paris weitaus höher. Wenn man so etwas überhaupt vergleichen kann: Welcher der beiden Anschläge – Beirut oder Paris – schmerzt Sie persönlich mehr?

Beide Anschläge schmerzen mich zutiefst, da es in beiden Fällen unschuldige Menschen getroffen hat. Aber die Anschläge in Paris sind meines Erachtens drastischer. Im Libanon wurden Gebiete getroffen, die mit der Hisbollah sympathisieren. Kein Viertel in Paris hat offen ausgesprochene Sympathien für Assad, die Hisbollah oder Ähnliches. Die Anschläge dort waren wahllos. In Beirut kann man rationale Gründe suchen. In Paris ist es höchstens der Grund einer kollektiven Rache.

Glauben Sie an die Gründe, die der IS selbst im Bekenner schreiben genannt hat? Das Treffen eines Sündenpfuhls? Das sind Rechtfertigungen, die dazu da sind, Rekruten anzuziehen.

Gehen deswegen junge Europäer nach Syrien oder in den Irak, um mit dem IS zu kämpfen?

Viele sind Deutsche mit Migrationshintergrund. Manche sind aber auch Deutsche ohne Migrationshintergrund. Diese waren früher vermutlich sehr linkspolitisch eingestellt und vom Zusammenbruch der Sowjetunion und dem zerstörten sozialistischen Traum enttäuscht. Sie sehen den IS als eine Macht, die den Imperialismus und den Westen bekämpft, und schließen sich ihr deswegen an. Es zirkulieren solche Ideen in linken Kreisen. Wer auch immer den Imperialismus bekämpft, wird unterstützt. Manche unterstützen sogar Assad, weil sie sagen, er bekämpfe den Imperialismus.

Wenn Sie jemanden treffen würden, der den IS oder die Nusra-Front unterstützen will, was würden Sie ihm oder ihr sagen?

Wenn er oder sie die Entscheidung bereits getroffen hat, kann man ihn oder sie nicht aufhalten. Wenn ich jedoch jemanden treffen würde, der die Taten des IS und der Nusra-Front rechtfertigt, dann kann es noch eine

»Die
US-amerikanische
Realpolitik
erschuf den Platz,
die Zeit und den Hass
für etwas wie
den IS.«

Diskussion geben. Aber ich habe bisher niemanden von ihnen kennengelernt. Ich lese gerade das Buch *Der Geist des Terrorismus* des französischen Denkers Jean Baudrillard. Schon der Titel ist radikal, da er dem Terrorismus Geist zuspricht.

Ersetzt etwa der Terrorismus die fehlende gelebte Religion in Europa?

Alle glauben, das Fehlen von Religion habe in Europa die Religionskriege gestoppt (*lacht*) und zum sozialen Frieden beigetragen. Jean Baudrillard aber verteidigt die Terroristen von 9/11.

Wie genau?

Um es in Nietzsches Worten zu sagen: Das blonde Biest ist erschöpft, und nun haben wir ein neues, noch rohes, barbarisches Biest. Es ist braun oder schwarz. Das hat etwas Rassistisches. Das blonde Biest war Europa und sein Kolonialismus. Das braune war al-Qaida – und das schwarze ist der IS. •

Text:

Thomas Vorreyer

AUF DEM RECHTEN AUGE BLIND

Freital und Heidenau haben einen alten linken Mythos erneut befeuert: Tatsächlich mehren sich spätestens seit den skandalösen Versäumnissen im Zuge der NSU-Ermittlungen die Hinweise, dass Teile des deutschen Sicherheitsapparats rechts weniger genau hingucken als links.

Eine alte deutsche Tradition ist die »Rechtsblindheit«. Der Historiker Gotthard Jasper wies sie einst der Justiz und Polizei der Weimarer Zeit nach. Spätestens seit dem NSU-Skandal attestieren selbst nicht direkt als politisch links bekannte Publikationen wie *Cicero* deutschen Sicherheitsbehörden, »auf dem rechten Auge blind« zu sein. Längst kann man nicht mehr nur von einer mythischen Binse reden. Zu groß ist die Zahl der Fälle, in denen Polizisten bei Straftaten trotz einschlägiger Tätowierungen und Parolen keinen rechtsextremen Hintergrund erkannt haben wollen. Zu eklatant sind Personalien wie jene von Steve Feldmann: Der Mann war jahrelang in rechtspopulistischen Organisationen tätig, hatte Kontakt zu Neonazis und Holocaustleugnern wie Horst Mahler – und ist jetzt Vorstandsmitglied der Polizeigewerkschaft. Zu irrsinnig auch der Umstand, dass das Bundesinnenministerium Sitzblockaden gegen Nazi-Aufmärsche bereits als »linksextreme Straftaten« tadelt, während eine bundesweite BKA-Überprüfung alter Fälle ergab, dass es deutlich mehr rechts motivierte Morde gab als bisher angegeben. Und dann natürlich der NSU, dem von Seiten des BND nachweislich geholfen wurde.

Gerne hätte man angenommen, dass mit diesem größten sicherheitspolitischen Skandal der deutschen Nachkriegsgeschichte eine neue Sensibilität

bei Polizei, Staatsanwaltschaft und Politik Einzug erhalten habe. Aber weit gefehlt. Alleine 2015 wurden bisher bereits 500 Angriffe auf Asylunterkünfte gezählt. In Köln stach ein Rechtsextremist im Wahlkampf die später gewählte Oberbürgermeisterin nieder. Die Älteren werden sich an die Tage der RAF erinnern. An den Ausnahmezustand, die Straßensperren, Razzien. Nun haben wir es heute zwar mit einem anderen, dezentralen, mitunter parasitären Problem rechten Ursprungs zu tun. Statt allerdings einen ähnlichen Ermittlungsaufwand zu betreiben, ist immer wieder die Rede von den sogenannten besorgten Bürgern.

Dabei ist die Gewalt von rechts schon lange von enormer Bedeutung. Denn nicht nur Geflüchtete werden angegriffen, sondern die Gesellschaft als Ganzes. Was ist also zu tun? Brillen für Beamte? Ein Marsch durch die Dienste und Ämter? Kriminal- statt NGO-Arbeit?

Zunächst: Es muss als Terrorismus bezeichnet werden, was Terrorismus ist. Weder Zahlenschönfärberei noch reflexhafter Weltoffenheitsbekundungen bedarf es, sondern einer langfristigen, zentralen Agenda. Dazu gehört es auch, den bisherigen Kuhhandel zwischen Landespolitik und Polizei aus Kürzungen und Überforderung einerseits und erweiterten Freiheiten andererseits zu beenden. Eine Verbesserung kann nur *mit* den

Staatsdienern erreicht werden. Durch die in Arbeit befindliche Strafrechtsreform sollen rassistische und andere menschenverachtende Tatmotive bei der Strafzumessung einbezogen werden. Die Ministerien müssen außerdem kritische Beamte besser schützen. Die Opposition wiederum sollte die Konstitution von Polizei und Verfassungsschutz prüfen. Überhaupt bedarf es einer Stärkung der kritischen Öffentlichkeit. Vereine und Stiftungen, die rechte Gewalt beobachten, gehören unterstützt, einzelne Missstände medial verbreitet. Augen auf!

Das zeigt eine vergleichsweise »harmlose« Nachricht vom Oktober 2015: In München wurde das Auto einer türkischen Familie mit einem Hakenkreuz beschmiert. Die Polizei wollte zunächst keinen rechtsextremen Hintergrund erkennen und besaß obendrein die Chuzpe, die Familie auf das Verbot verfassungsfeindlicher Symbole hinzuweisen. Sie solle doch bitte nicht allzu lange mit dem derart verunzierten Fahrzeug herumfahren, weil dies ein Ermittlungsverfahren nach sich zöge. Erst nach entsprechenden Medienberichten wurde der Staatsschutz hinzugezogen. •

Spiegel-Online-Kolumne zu Wort. Er forderte seinerseits mit seinem Text »Demonstriert lieber gegen die Banken« einen »positiven Populismus von links, der die demokratischen und sozialen Rechte gegenüber Eliten und Oligarchen« zum Ausdruck bringe. Als wären die »normalen Leute«, von denen Augstein sprach, eine jederzeit leicht manipulier- und manövrierbare Masse, sollte sich deren Zorn also in gut verkürzter Kapitalismuskritik auf die wahren Feinde (Banken) umlenken lassen.

Die anmaßende Sicht auf »negativ Privilegierte« und das vollkommen unterschätzte »Einverständnis der Beherrschten mit der Herrschaft«, von der Pierre Bourdieu wieder und wieder gesprochen hat, wurde nur noch übertroffen von den Aussagen des Spontansozialologen aus Berlin-Weißensee. Heinz Bude entdeckte auf einmal in seinem FAZ-Artikel »Die Koalition der Angst« ein – hallo! – Dienstleistungsproletariat, das er als so vernachlässigt ansah, dass er den »stillen Argwohn auf die Masse der Flüchtlinge, die gerade ins Land kommen«, nachvollziehen wollte. Was jetzt Not tue, so Bude, sei eine Politik, »die keine Angst vor den Ängsten der Leute hat«.

Auch wenn nach Jahren der kleinen Kämpfe Fragen nach sozialer und wirtschaftlicher Ungerechtigkeit wieder ernster genommen werden,

Text:
Pascal Jurt

LINKER POPULISMUS

2015 war auch das Jahr, in dem auf einmal von Leuten, die längst in perfekt gemachten Betten schlafen, der Ruf nach einem »linken Populismus« laut wurde.

Als Til Schweiger sich im Sommer im rauen Pöbelton gegen die inhumane Situation der Geflüchteten in Deutschland aussprach, konnte man darin Züge eines antirassistischen Populismus gegen das offizielle staatliche Handeln ausmachen. Dass der Gedanke der »Autonomie der Migration« durch diese von ihm praktizierte Charity-Geste in gewisser Weise sabotiert wurde, geschenkt. Der quasiorganische Intellektuelle stillte in dieser postdemokratisch unübersichtlichen Zeit das Begehren nach einem Sound, der sich wieder unverblümt direkt artikuliert. Voilà, ein *role model* für die apolitische »Willkommenskultur«.

Nach der wenig gelungenen Bezeichnung der Rassisten von Heidenau durch Sigmar Gabriel als »Pack« meldete sich ein paar Wochen später Jakob Augstein in seiner das Land mit Populisten versorgenden

bleiben die Statements für einen »linken Populismus« doch reine Postulate. Die Realität der tatsächlichen Ungleichheit wird nicht nur verkannt und die Suche nach den globalen Ursachen (um mal wieder das wunderbare Wort zu nennen: der Weltausbeutungszusammenhang) vernachlässigt, sondern mit dem *outrach* von »besorgten« und fehlgeleiteten Bürgern wird zudem ein (zwar nicht direkt identitär imaginiertes) »Volk« mit seinen »Ängsten« und »Befürchtungen« gleichzeitig zum Stichwortgeber neuer Rahmungen hypostasiert.

Im englischen Sprachraum gibt es durchaus auch Artikulationen eines modernen linken Populismus. Owen Jones oder Laurie Penny stehen jedoch nicht nur für eine dezidierte Meinung, sondern auch für eine soziale und politische Praxis. Die populistische Rhetorik hierzulande hat vor allem ein Problem, und zwar ein massives: Sie will Rassismus verstehen und nicht bekämpfen. •

